

INLAND

Merz will mitmachen

Hamburg/Kreuth - Ex-Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) hat der CDU-Spitze angeboten, in einem Team für den nächsten Wahlkampf eine Rolle zu spielen. „Wir müssen mit der bestmöglichen Formation in die nächste Bundestagswahl gehen. Das ist nicht nur eine Person an der Spitze, das ist eine Mannschaft, und ich möchte auch in einer Mannschaft dabei sein“, sagte Merz bei einer Wirtschaftsveranstaltung am Tegernsee. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer begrüßte das Angebot. „Ich freue mich über die Bereitschaft von Friedrich Merz, sich zu engagieren“, sagte sie am Freitag am Rande der zehnjährigen Klausur der CDU-Spitze in Hamburg. Auch Generalsekretär Paul Ziemak zeigte sich erfreut. Die CDU brauche „viele verschiedene starke Köpfe. Und Friedrich Merz gehört sicherlich zu den besonders meinungsstarken Köpfen“.

Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus warnte hingegen vor Personaldebatten. Im Zusammenhang mit einer von CSU-Chef Markus Söder ins Spiel gebrachten Verjüngung des Bundeskabinetts sagte er: „Die Menschen haben genug von Personaldiskussionen und ich im Übrigen auch.“ Zudem erteilte er einer Zusammenarbeit der CDU mit Linkspartei oder AfD, wie sie in Thüringen diskutiert wird, eine klare Absage. „Die Beschlusslage der Bundespartei und der Bundestagsfraktion ist ganz klar: Es gibt keine inhaltliche Zusammenarbeit mit der AfD und den Linken. Und ich erwarte von allen Beteiligten, dass es auch dabei bleibt.“ Thüringens CDU-Chef Mike Mohring dagegen sagte der Rheinischen Post: „Ich erwarte grundsätzliches Verständnis für das, was wir machen.“ Mohring hatte eine Minderheitsregierung von Linken, SPD und Grünen bei bestimmten Projekten Unterstützung im Landtag in Aussicht gestellt. Er betonte, er stimme sich mit CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer ab. DPA

Kritik an teurem Gutachten

Hamburg - Für ein Rechtsgutachten, das Bundesminister Andreas Scheuer (CSU) in der Affäre um die Pkw-Maut entlastet, hat das Verkehrsministerium mehr als 240 000 Euro bezahlt. Das berichtet das Nachrichtenmagazin Spiegel. Das Gutachten umfasse 90 Seiten und sei von der Kanzlei Linklaters erstellt worden, auf Basis eines Stundensatzes von 410 Euro. Es komme zu dem Fazit, dass es für das Ministerium weder verpflichtend noch zumutbar gewesen sei, vor dem Abschluss der Mautverträge das Urteil des Europäischen Gerichtshofs abzuwarten. Laut dem Grünen-Abgeordneten Stephan Kühn, Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Pkw-Maut, habe das „teure Gefälligkeitsgutachten“ hingegen nur einen Zweck: „dem Minister dabei zu helfen, im Amt zu bleiben“. sz

83,2 Millionen

Einwohner lebten Ende 2019 in Deutschland. Das waren so viele Menschen wie noch nie, wie das Statistische Bundesamt am Freitag nach einer ersten Schätzung mitteilte. Allerdings wuchs die Bevölkerung deutlich schwächer als in den Jahren zuvor, nämlich um 200 000 Menschen. Der Zuwachs ist ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen. 2019 zogen zwischen 300 000 und 350 000 Menschen mehr in die Bundesrepublik, als in umgekehrter Richtung ins Ausland gingen. Ohne Zuwanderer würde die Bevölkerung seit 1972 schrumpfen. 2019 wurden in Deutschland laut Schätzung 770 000 bis 790 000 Menschen geboren, 920 000 bis 940 000 starben. sz

Haftstrafen für Neonazis

Dresden - Das Landgericht Dresden hat gegen sechs Mitglieder der rechtsextremen Freien Kameradschaft Dresden (FKD) lange Haftstrafen verhängt. Der Rädelführer Benjamin V. (31) muss für vier Jahre und vier Monate ins Gefängnis. Angeklagt waren fünf Männer sowie eine Frau. Die Beschuldigten wurden wegen der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Sprengstoffexplosionen verurteilt. Verhängt wurden Strafen zwischen zwei Jahren und zehn Monaten und sechs Jahren. Das Gericht ging davon aus, dass die Kameradschaft nicht von Anfang an auf Gewalttaten aus war. Sie habe sich aber nach ihrer Gründung im Juli 2015 schnell radikalisiert. Die FKD hatte wiederholt Gewalttaten an Ausländern, Andersdenkenden und auch Polizisten verübt. Die Taten seien aus fremdenfeindlichen und rassistischen Motiven begangen worden, sagten die Richter in ihrer Urteilsbegründung. DPA

Wachstumsbremse dringend gesucht

598 Abgeordnete sollen eigentlich im Bundestag sitzen, tatsächlich sind es derzeit 709 - nach der nächsten Wahl könnten es bis zu 837 sein. Das zeigen Berechnungen von Mannheimer Forschern. Was tun? Die Parteien haben mehrere Vorschläge gemacht. Doch jeder hat einen Haken

VON CHRISTIAN ENDT UND BENEDICT WITZENBERGER

München - Viel Zeit bleibt nicht mehr: Bevor spätestens im Herbst kommenden Jahres die nächste Bundestagswahl ansteht, müssen sich die Parteien auf eine Reform des Wahlrechts einigen. Sonst droht ein riesiges Parlament. Das deutsche Bundestagswahlrecht hat eigentlich einen guten Ruf: Es kombiniert die Persönlichkeitswahl, die etwa in den USA und in Großbritannien praktiziert wird, mit der Verhältniswahl, vereint also direkt gewählte Abgeordnete aus den Wahlkreisen mit einer

möglichst gerechten Verteilung der gewählten Parteien. Doch genau diese Verbindung zweier Systeme verursacht in einer zunehmend zersplitterten Parteienlandschaft Probleme: Was, wenn eine Partei mehr Direktmandate erringt, als ihr nach Zweitstimmen zustehen? Überhangmandate sollten das Problem lösen, schufen aber neue Ungerechtigkeiten, wie das Verfassungsgericht 2008 und 2012 monierte. Der Bundestag erforderte daraufhin die Ausgleichsmandate - mit der Folge, dass sich die Zahl der Sitze weiter erhöhte. Heute sitzen im Parlament 709 Abgeordnete, die Verfassung sieht eigentlich 598 vor.

Und es könnten noch mehr werden. Forscher warnen seit Jahren davor, dass auch 800 oder mehr Abgeordnete mathematisch möglich sind. Die Politikwissenschaftler Thomas Gschwend und Marcel Neunhoffer von der Universität Mannheim haben für die Süddeutsche Zeitung auf Basis aktueller Umfragen simuliert, wie groß das nächste Parlament werden könnte. Da Umfragen irren können, haben die Wissenschaftler mehrere Tausend Varianten mit leicht unterschiedlichen Ausgangswerten durchgerechnet. In neun von zehn Fällen ergab sich eine Abgeordnetenzahl über der jetzigen von 709. In mehr als

der Hälfte der Fälle läge die Zahl der Mandate bei 733 oder darüber. Im Extremfall könnten es 837 Abgeordnete werden.

Sowohl der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert als auch Amtsinhaber Wolfgang Schäuble drängen die Parteien daher zu einer Änderung des Wahlrechts. Das Parlament soll kleiner werden. Schäuble fordert eine Einigung bis Ende Januar. FDP, Grüne und Linke wollen die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 250 reduzieren und die Gesamtzahl der Abgeordneten auf 630 erhöhen. Dadurch verschöbe sich das Verhältnis von Direktmandaten und Listenmandaten von Halbe-Halbe auf

etwa 40 zu 60. Entstehende Überhangmandate sollen zudem anders als bisher länderübergreifend mit Listenmandaten ausgeglichen werden. Wenn die CDU etwa in Sachsen viele Überhangmandate erzielt, könnte dies mit weniger Listenmandaten in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen werden, wo die Partei nicht so stark ist. Allerdings sind in diesem System Überhangmandate nicht komplett ausgeschlossen.

Welche Auswirkungen dieser Vorschlag hätte, hängt vor allem vom Zuschnitt der Wahlkreise ab. Die Berechnungen der Mannheimer Wissenschaftler deuten darauf hin, dass über die regulären 630 Sitze hinaus keine Überhang- und Ausgleichsmandate nötig wären. Je nach Gestaltung der Wahlkreisgrenzen und je nach Wahlergebnis, insbesondere der CSU, ist ein größeres Parlament aber nicht ausgeschlossen. Zu diesem Ergebnis kommt auch ein Gutachten des Bundeswahlleiters.

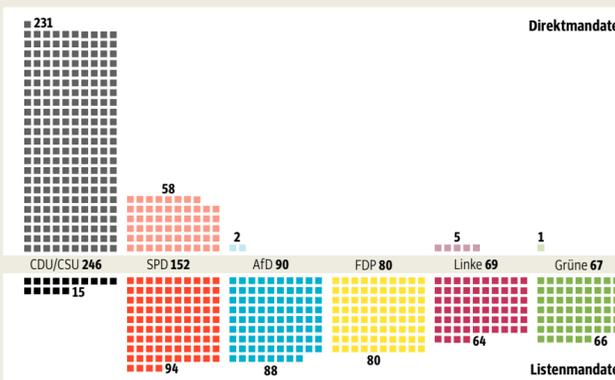
Das Wahlrecht und seine Probleme

Das geltende Wahlsystem führt zu einem übergroßen Parlament. Doch eine Reform ist schwierig.

So funktioniert das aktuelle System
Verteilung der Sitze auf Landesebene. Die genannten Zahlen sind fiktiv.



Aktuelle Sitzverteilung 709 Sitze gesamt (Fraktionslos: 5)



Verschiedene Reformvorschläge zur Änderung des Wahlsystems

Tabelle mit vier Spalten: CDU, AfD, Grüne, FDP, Linke, Bertelsmann-Stiftung. Jede Spalte enthält einen Vorschlag und dessen Vor- und Nachteile.

GRAFIK: EVA KÖNIG; RECHERCHE: CHRISTIAN ENDT UND BENEDICT WITZENBERGER



Abgeordnete je eine Million Einwohner**

Tabelle zur Abgeordnetenanzahl je Million Einwohner in verschiedenen Ländern: Polen (12,1), Italien (10,4), Vereinigtes Königreich (9,8), Kanada (9,1), Niederlande (8,7), Frankreich (8,6), Deutschland (tatsächlich) 8,6, Spanien (7,5), Türkei (7,3), Deutschland (regulär) 7,2, Südafrika (6,9), Japan (3,7), Brasilien (2,5), USA (1,3), Indien (0,4).

WOCHENCHRONIK VOM 11. BIS 17. JANUAR

Es ist das angekündigte Ende einer Ära: Bis spätestens 2038 soll in Deutschland das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen und auch der Abbau des Rohstoffes Geschichte sein. In der Nacht von Mittwoch, 15. Januar, auf Donnerstag, 16. Januar, einigen sich der Bund und die betroffenen Bundesländer auf einen Ausstiegsfahrplan für die Kohleindustrie. Schon bis Ende dieses Jahres soll das erste Braunkohlekraftwerk abgeschaltet werden, der Hambacher Forst soll nicht den Baggern zum Opfer fallen. Die Bundesregierung will den Kohleregionen mit bis zu 40 Milliarden Euro beim wirtschaftlichen Umbau helfen.

Nach einer intensiven, aber respektvoll geführten Debatte entscheidet der Bundestag am Donnerstag, 16. Januar, die Regeln für die Organspende nur wenig zu ändern. Die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) favorisierte Widerspruchslösung, nach der Ärzte Tote die Organe entnehmen können, wenn diese zu Lebzeiten nicht widersprochen haben, erhält keine Mehrheit. Die meisten Abgeordneten stimmen für den Vorschlag einer Parlamentariergruppe, der die ausdrückliche Zustimmung der Spender voraussetzt. Diese soll in einem Online-Register festgehalten werden können.

Russlands Präsident Wladimir Putin kündigt am Mittwoch, 15. Januar, eine Verfassungsreform an, die den Staat grundlegend umbauen soll. So will er die Kompetenzen eines zukünftigen Präsidenten einschränken und die des Parlaments ausweiten. Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew tritt am selben Tag zurück, an seine Stelle soll der Chef der nationalen Steuerbehörde, Michail Mischustin, treten. Oppositionelle werfen Putin vor, so seine Macht über das Ende seiner Amtszeit im Jahr 2024 hinaus zementieren zu wollen. Mit der Verlesung der Anklagepunkte beginnt am Donnerstag, 16. Januar, im US-

Senat das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump. Neue Aussagen eines Zeugen belasten den Präsidenten: Er habe die Regierung der Ukraine unter Druck gesetzt, um sie zu Ermittlungen gegen den demokratischen Präsidentschaftsbewerber Joe Biden zu bewegen. Nach tagelangem Zögern gibt Irans Regierung in Teheran am Samstag, 11. Januar, zu, das eigene Militär habe ein ukrainisches Passagierflugzeug „unbeabsichtigt“ abgeschossen. Dabei sind alle 176 Menschen an Bord ums Leben gekommen. Präsident Hassan Rohani spricht von einem „katastrophalen Fehler“. Proteste

Tausender Iraner gegen die eigene Führung werden niedergeschlagen. Um das auf der Kippe stehende Atomabkommen mit Iran zu erhalten, lösen Deutschland, Frankreich und Großbritannien am Dienstag, 14. Januar, den sogenannten Schlichtungsmechanismus aus, an dessen Ende Sanktionen stehen könnten. Rohani droht daraufhin, europäische Soldaten in der Region könnten „in Gefahr sein“. Der Sultan von Oman, Qabus bin Said al-Said, ist tot, wie am Samstag, 11. Januar, bekannt wird. Er hatte sein Sultanat fast 50 Jahre regiert. Die Nachfolge tritt sein Cousin Haitham bin Tariq al Said an. JBB

„Befremdet und entsetzt“

Von der Leyens wichtigster Beamter im Untersuchungsausschuss zur Berater-Affäre

Berlin - Wie weit wäre Ursula von der Leyen wohl ohne ihre Männer gekommen? Zwei sind herauszuheben, die sie auf ihrem politischen Weg treu begleitet haben, der eine tut es immer noch: Jens Flosdorff. Bei ihrem Abschied aus dem Verteidigungsministerium hatte die Ministerin ihren Sprecher als „Meister des Wortes“ bezeichnet. Tatsächlich war es ihm nahe zu immer gelungen, auch die noch so unangenehmen Sachverhalte so darzustellen, dass seine Ministerin einen Nutzen daraus ziehen konnte. Er folgte ihr nach Karlsruhe, wo sie im vergangenen Jahr zur EU-Kommissionspräsidentin aufgestiegen ist. Der andere, ihr ewiger Staatssekretär Gerd Hoofe, blieb im Wehrressort. Der Mann, der sie durch mehrere Ministerien beim Aufstieg in Berlin begleitet hat, wird bald 65. Er ist damit beschäftigt aufzuräumen, was unter der Verteidigungsministerin im Chaos endete.

dieser Ansatz führte, zeigten 2018 Prüfberichte des Bundesrechnungshofes: In vielen Fällen wurde nicht geprüft, ob Aufträge notwendig und wirtschaftlich waren. Ausgeschrieben wurde oftmals auch nicht. Bald stand der Vorwurf der Vetternwirtschaft im Raum, weil Spitzenbeamte wie Suder freundschaftliche Beziehung zu Beratern führten. Der Ministerin sei es wie Hoofe gegangen, als sie mit den Beratern konfrontiert worden sei: Sie sei „befremdet und entsetzt“ gewesen, erzählt der Staatssekretär im Ausschuss. Bei ihm lag dann die interne Aufklärung. Es war Herbst 2018 und absehbar, dass die Verteidigungspolitik im Bundestag rasch Informationen erwarteten. Sie bekamen dann auch einen Bericht, damals, Ende November, 63 Seiten umfassend. Es fehlte darin keineswegs an Eingeständnissen von Fehlern - die problematische Nähe zu den Externen wird angespro-

chen, auch deren ausufernder Einfluss im Haus. Als es aber darum geht, Verantwortliche für die Versäumnisse zu benennen, blieb der Bericht zum Ärger der Abgeordneten vage und unkonkret. In der Ausschusssitzung konfrontierten die SPD-Abgeordneten Sientje Möller und Dennis Rohde den Staatssekretär nun mit einem Fundstück aus den Beweisunterlagen. Es trägt den Titel: „Verantwortungsbericht“, ist ein paar Tage vor dem Bericht für die Abgeordneten erstellt worden und benennt ziemlich klar, wo die Probleme lagen. Einer der Abteilungsleiter galt demnach als „Ausfall“, er habe seine Vorgesetztenfunktion nicht wahrgenommen. Das Budget sei nicht überwacht, das Wirken der Externen nicht richtig kontrolliert worden. Laut diesem Bericht stelle sich auch die Frage, ob nicht die Dienstaufsicht durch die zuständige Staatssekretärin oder Staatssekretär „unzureichend“ gewesen sei. Bis zu ihrem freiwilligen Ausscheiden im Frühjahr 2018 war das von der Leyens Vertraute: Katrin Suder. Hoofe musste sich im Ausschuss Fragen gefallen lassen, warum die Parlamentarier darüber lange nichts erfuhren. „Sie müssen nicht denken, dass ich erfreut darüber war“, sagte Hoofe. Für ihn sei aber damals bei diesen Versäumnissen nicht die „Erheblichkeitsschwelle“ überschritten worden, die ein disziplinarrechtliches oder strafrechtliches Vorgehen erforderlich gemacht hätten. Außerdem sei er mit der Qualität des Verantwortungsberichts nicht „ausreichend zufrieden“ gewesen. Er sei unter großem Zeitdruck entstanden und habe sich lediglich auf Aktenmaterial stützen können - ein Vorläuferbericht eben, mehr Bedeutung komme diesem Dokument nicht zu. Es wäre wohl unter Verschluss geblieben, hätten die Abgeordneten nicht den Untersuchungsausschuss erzwungen. MIKE SZYMANSKI



Gerd Hoofe, Staatssekretär im Verteidigungsministerium. M. ASSANIMOGHADDA/MPA

Es droht Gesichtsverlust

Innenminister Seehofer verzichtet auf neue Passfoto-Regeln

München - Die Inhaber von Fotogeschäften dürfen auch in Zukunft Passfotos knipsen. Bundesinnenminister Horst Seehofer verzichtet auf seinen Plan, nach dem alle Fotos für Pässe oder Personalausweise in deutschen Behörden mit speziellen Fotoautomaten gemacht werden müssen. In einem im Dezember bekannt gewordenen Gesetzentwurf hatte es geheißen, wer einen Pass wolle, müsse sich künftig „in Gegenwart eines Mitarbeiters der Passbehörde“ fotografieren lassen.

Die geplante Regel sollte ein Mittel gegen das so genannte „Morphing“ sein: Mit Software lassen sich zwei Gesichtsfotos zu einem verschmelzen. Die Programme, die es gratis im Netz gibt, setzen Merkmale aus beiden Ursprungsbildern zu einem neuen zusammen. Ist ein Foto im Pass derart manipuliert, kann außer dem Inhaber auch eine andere Person mit dem Dokument reisen, wenn ihre Gesichtszüge in dem Bild stecken. Grenzbeamte und Gesichtserkennungs-Technik können gemorphte Bilder nur schwer erkennen.

Morphing bedroht die Funktion des Passes „im Kern“, warnt das Ministerium

Die Öffentlichkeit hörte 2018 von der Technik: Aktivisten des „Peng Kollektivs“ hatten ein Foto eines ihrer Mitglieder mit dem der damaligen EU-Außenkommissarin Federica Mogherini gemischt. Das Foto ging nach ihren Angaben bei der Bundesdruckerei durch. Mit dem Pass hätten nun wohl beide Frauen reisen können. Morphing treibt Sicherheitspolitiker um. Im Gesetzentwurf heißt es: „Die Funktion des Passes als Dokument zur Identitätskontrolle ist damit im Kern bedroht.“ Eine EU-Verordnung von 2019 ermöglicht Mitgliedstaaten, biometrische Passfotos



Für Fotoläden sind Passbilder eine wichtige Einnahmequelle. FOTO: DPA

in den Behörden zu knipsen, um jedes Bild der richtigen Person zuzuordnen. Norwegen und Schweden tun das schon. Dem deutschen Innenministerium sind nach eigenen Angaben vier Morphing-Fälle bekannt, darunter jener der „Peng“-Aktion.

Doch Inhaber von Fotoläden sehen ein wichtiges Geschäftsfeld von „Verstaatlichung“ bedroht. In einem Brief von Handelsverband Deutschland und Bundesverband Technik des Einzelhandels hieß es: „Da die Fotohändler mit der Erstellung der Passbilder nicht nur den höchsten Deckungsbeitrag erzielen, sondern dieser Service auch maßgeblich für Kundenfrequenz in den Geschäften sorgt, würde dieser Plan Millionenumsätze vernichten.“ Am Freitag drehte Seehofer bei: Ihm sei wichtig, dass Bürger entscheiden könnten, „ob sie die Passfotos künftig bei der Behörde oder in einem Fotogeschäft anfertigen lassen“. Nun müssen seine Mitarbeiter prüfen, mit welcher Technik sich garantiert Morphing-freie Fotos im Geschäft machen und dann sicher an die Ämter übertragen lassen. JANNIS BRÜHL